



Vor der eigenen Tür kehren: Bürgermeister; Mitglieder von Mayors for Peace und Jugendliche eines Internationalen Workcamps fordern den Abzug der Atomwaffen aus Büchel. [Foto: Pressehütte 2008]

20 Atombomben – 20 Wochen Aktionspräsenz

Ab dem 26. März bis zum Nagasaki-Gedenktag, 9. August 2016 sollen Gruppen und Einzelpersonen an den Haupttoren des Atomwaffenstützpunktes Büchel Mahnwachen halten oder andere gewaltfreie Aktionen durchführen. Zwanzig Kalenderwochen stellvertretend für zwanzig Atombomben:

DER AKTIONSORT

Der „Fliegerhorst Büchel“ liegt bei Cochem an der Mosel in der Eifel. In Büchel sind zwanzig US-Atombomben stationiert. Sie lagern einsatzbereit, um auf Befehl im Ernstfall – im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO – durch Bundeswehr-Piloten mit deutschen Tornado-Kampffjets ins Zielgebiet geflogen zu werden. Diese Massenvernichtungswaffen sollen ab 2020 durch neue zielgenauere US-Atombomben kostspielig aufgerüstet werden. Und das, obwohl am 26. März 2010 der Bundestag in einem überparteilichen Beschluss die Bundesregierung aufforderte, auf den Abzug dieser Atombomben hinzuwirken!

DER AKTIONSPLAN GEGEN DIE AUFRÜSTUNG

Jede Gruppe oder Einzelperson übernimmt eine Woche, in der sie mindestens einen Tag lang am Atomwaffenstützpunkt Büchel präsent ist. Es kann auch nach Absprache eine Kalenderwoche aufgeteilt werden. Jede Gruppe ist eingeladen, im Anschluss an ihre Aktion auf einem Grundstück nahe dem Atomwaffenstützpunkt ein Symbol ihrer Wahl aufzustellen. Auch sind Unterstützungsaktionen in Euren Regionen zuhause erwünscht. Die „Aktions-Präsenz“ ist der

Auftakt für eine langfristige Aktionsphase, um die nukleare Aufrüstung in Büchel zu verhindern. Der umseitige offene Brief und die Selbstverpflichtungen sind Kernelemente der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt!“.

DAS AKTIONSBÜNDNIS

Die Kampagne "Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt" wurde vom Trägerkreis "Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen" ins Leben gerufen. Er besteht aus 50 Mitgliedsorganisationen. Um seine Ziel – ein atomwaffenfreies Deutschland auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt – zu erreichen, organisiert er öffentlichkeitswirksame Aktionen und Lobbyarbeit bei PolitikerInnen und DiplomatenInnen. Er beteiligt sich aktiv an nationalen und internationalen Kampagnen. Der Trägerkreis versteht sich als deutscher Teil des globalen Netzwerkes "Abolition 2000". Dieses Netzwerk, das 1995 gegründet worden ist, setzt sich für die Abschaffung aller Atomwaffen durch eine Nuklearwaffenkonvention ein und besteht aus über 2000 Mitgliedsorganisationen weltweit. Die Kampagne arbeitet eng mit der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), sowie mit den Bürgermeister für den Frieden „Mayors for Peace“

DER AKTIONSAUFRUF

Der Kampagnenrat „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“ ruft auf gegen den in Büchel geplanten Aufrüstungsschritt überall zu protestieren:

- am Fliegerhorst in Büchel,
- im eigenen Umfeld
- und an den Orten politischer Entscheidungen.

Büchel ist überall, denn auch an anderen Atomwaffenstandorten droht nukleare Aufrüstung. Wir wollen, dass die Aufrüstungspläne gestoppt und die Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden als Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt.



BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
jetzt

Offener Brief an → die Bundeskanzlerin → den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika → den Generalsekretär der NATO

Im März 2016

BÜCHEL IST ÜBERALL!

atomwaffenfrei.

jetzt

Koordinator: Roland Blach, Werastr. 10
70182 Stuttgart, Tel. 0711-51885601

atomwaffenfrei.jetzt | Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“

An Dr. Angela Merkel, Berlin
Barack Obama, Washington DC
Jens Stoltenberg, Brüssel

Sehr geehrte Frau Dr. Angela Merkel, Herr Barack Obama und Herr Jens Stoltenberg, in Büchel lagern noch immer US-Atomwaffen. Die Bundeswehr stellt Tornados und Soldaten für ihren Abwurf zur Verfügung. Die jetzigen Atombomben sollen ersetzt werden durch neue „modernisierte“ B 61-12 - Atombomben. Aus einfachen ungesteuerten Bomben sollen lenkbare Präzisionswaffen werden. Das sind Waffen mit neuen Fähigkeiten und damit ein qualitativer Aufrüstungsschritt.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, im Atomwaffensperrvertrag hat Deutschland sich verpflichtet, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen. Im 2+4-Vertrag hat Deutschland den Atomwaffenverzicht ausdrücklich bekräftigt. Die nukleare Teilhabe widerspricht diesen Verpflichtungen.

Im Koalitionsvertrag von 2009 haben Sie zusammen mit ihrem Koalitionspartner FDP versprochen, sich „im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.“ Doch Sie haben sich, nicht mit dem notwendigen Nachdruck um eine Umsetzung bemüht. Vielmehr haben Sie laut Medienberichten den Außenminister in seinen Bemühungen nicht unterstützt. Die Atomwaffen blieben in Büchel - bis heute.

Obwohl der Bundestag im Jahr 2010 in seinem Beschluss parteiübergreifend die Bundesregierung aufforderte sich dafür einzusetzen, dass die Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden und dass die Bundesregierung sich aktiv für Verhandlungen zum Verbot aller Atomwaffen einsetzt, unterstützte sie die von den USA geplante „Modernisierung“ der taktischen Atomwaffen und damit einen qualitativen Aufrüstungsschritt, der für die Atomwaffen in Deutschland geplant ist. Nach Informationen von Monitor ergibt sich aus einem Bericht des US-amerikanischen Rechnungshofes (GAO): „Das US-Verteidigungsministerium und die NATO-Verbündeten einigten sich 2010 auf die zentralen militärischen Merkmale der Bombe“. Dabei wurde laut US-

Rechnungshof auch über Details wie die »Sprengkraft«, und die »Treffsicherheit« der neuen Waffen gesprochen.

Mit der „Humanitären Initiative“ zur nuklearen Abrüstung wurde die Debatte innerhalb der Vereinten Nationen um eine wichtige Dimension, die der katastrophalen Folgen des absichtlichen oder versehentlichen Einsatzes von Atomwaffen, erweitert. Doch nicht nur bei der einseitig möglichen Abrüstung durch den Abzug der Atombomben aus Büchel, auch bei Abrüstungsinitiativen für ein weltweites Verbot verweigert sich die deutsche Regierung.

In der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurden am 8.12.15 mit großer Mehrheit vier Resolutionen verabschiedet, die ein Verbot von Atomwaffen vorantreiben sollen. Die Bundesregierung enthielt sich in zwei Fällen, in den anderen beiden Fällen stimmte sie gegen die Resolutionen. Dies ist enttäuschend, da die Bundesregierung durch eine Zustimmung zu allen Resolutionen ihr Bekenntnis zur Schaffung einer atomwaffenfreien Welt bekräftigt hätte. Darüber hinaus hat dieses Verhalten dazu beigetragen, dass sich viele engagierte Befürworter einer atomaren Abrüstung nicht ernst genommen fühlen.

Die Bundesregierung vertritt nicht die Interessen der deutschen Bevölkerung, die mit großer Mehrheit den Abzug der in Deutschland stationierten Atomwaffen verlangt. Daher sehen wir uns gezwungen in Büchel und in unserem jeweiligen Umfeld aktiv zu werden, um die Aufrüstung in Büchel zu verhindern und auf ein Verbot der Atomwaffen hinzuwirken.

Sehr geehrter Herr Präsident Barack Obama, in Ihrer Prager Rede am 5.4.2009 haben Sie erklärt eine Welt ohne Atomwaffen sei möglich. Sie haben versprochen, in den USA konkrete Schritte einzuleiten, um zu einer Welt ohne Atomwaffen zu gelangen. Aber was haben Sie konkret getan? Sie haben ihr Versprechen nicht gehalten. Sie haben einem „Modernisierungsprogramm“ des US-amerikanischen Atomwaffenarsenals und der zugehörigen Infrastruktur zugestimmt, um den neuen START-Vertrag zu ermöglichen. Dies ist kein Beitrag um

den Weg zu einem weltweiten Verbot von Atomwaffen zu ebnen. Aber nicht nur Ihr Land, auch die meisten anderen Atomwaffenstaaten rüsten ihre Arsenale technisch auf. Das widerspricht dem Artikel VI, dem zwingenden Abrüstungsgebot, des Atomwaffensperrvertrags. Wir rechnen damit, dass der Internationale Gerichtshof auf die Klage der Marshall Inseln den Bruch des Völkerrechts durch die Atomwaffenstaaten feststellt.

Bei uns in Deutschland sollen in Büchel neue Atomwaffen vom Typ B 61-12 stationiert werden. Diesen qualitativen Aufrüstungsschritt wollen wir - als einen Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt - verhindern

Sie haben in Prag erklärt, dass es Geduld und Beharrlichkeit erfordert, dieses Ziel zu erreichen. Diese vermessen wir in der Politik der US-Regierung. Sie haben in Prag an die Kraft des gewaltfreien Widerstandes erinnert, der zum Ende des kalten Krieges beitrug.

WIR WERDEN UNS MIT GEDULD, BEHARRLICHKEIT UND GEWALTFREI FÜR EIN VERBOT ALLER ATOMWAFFEN EINSETZEN.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär Jens Stoltenberg, die nukleare Politik der NATO ist widersprüchlich. Einerseits wird betont „Solange es Kernwaffen gibt, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben. Der oberste Garant für die Sicherheit der Bündnispartner sind die strategischen nuklearen Kräfte des Bündnisses.“ Andererseits wird in der auf dem NATO-Gipfel in Chicago beschlossenen „Defense and Posture Review“ aber auch erklärt, dass das Bündnis entschlossen sei, „eine sichere Welt für alle anzustreben“ und die „Bedingungen für eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen“. Hinsichtlich der in Europa gelagerten Atomwaffen sollen die Bedingungen für eine weitere Reduzierung geschaffen werden. Das war 2012.

US Atombomben sind noch immer in Belgien, den Niederlanden, Italien der Türkei und Deutschland stationiert. Statt am Abzug dieser Waffen, arbeitet die NATO an der qualitativen Aufrüstung dieser Waffen. Auch Frankreich und das Vereinigte Königreich von Großbritannien tun dies mit ihren Atomwaffen.

Wenn auch unzureichend, so wurde auf dem NATO-Gipfel von Chicago doch die Bedeutung von Atomwaffen reduziert. Wir hoffen, dass die NATO die Rolle der Atomwaffen in der gegenwärtigen Krisensituation nicht erneut erhöht, sondern auf eine Politik der Abrüstung und des Dialoges setzt. Wir lehnen die nukleare Teilhabe als einen klaren Bruch des Atomwaffen-

sperrvertrages und in Deutschland auch gegen den Geist des 2+4-Vertrages ab. Wir wollen dazu beitragen, die neuen Aufrüstungsschritte zu verhindern. Wir werden uns in Büchel, dem deutschen Atomwaffenstandort, mit direkten gewaltfreien Aktionen dieser Atomwaffenmodernisierung aktiv widersetzen und sind solidarisch mit den Menschen, die sich in anderen Ländern für die gleichen Ziele einsetzen.

Sehr geehrte Frau Dr. Angela Merkel, Herr Barack Obama und Herr Jens Stoltenberg, die jüngere Geschichte lehrt, dass Atomwaffen keine Kriege verhindern können. Ihr Besitz erhöht stattdessen die Gefahr, dass diese Massenvernichtungswaffen wieder zum Einsatz kommen. Die jüngere Geschichte lehrt auch, dass man auch unter schwierigen Voraussetzungen Fortschritte in der nuklearen Abrüstung erreichen kann, wie dies der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm gezeigt hat. Ein abgestimmter Vorschlag aller europäischen NATO-Stationierungsstaaten könnte die Debatte über den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa wieder beleben. Aber Appelle und Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern haben sich als nicht ausreichend erwiesen.

WIR FORDERN
- STOPP DER NUKLEAREN AUFRÜSTUNG IN DEUTSCHLAND
- ABZUG DER ATOMWAFFEN AUS BÜCHEL
- VERBOT DER ATOMWAFFEN

Mit direkten Aktionen vor Ort am Atomwaffenstandort Büchel wollen wir Druck auf unsere Politiker ausüben und darauf hinwirken, dass die dort gelagerten Atomwaffen abgezogen werden und endlich konkrete Schritte zu einem weltweiten Verbot aller Atomwaffen unter strikter internationaler Kontrolle vereinbart werden.

Wir werden gewaltfreie Aktionen in Büchel durchführen, bis alle Atomwaffen aus Büchel abgezogen sind. Wir setzen unsere Aktionen erst aus, wenn der Abzug glaubhaft angekündigt wird und ein verbindlicher Zeitplan dafür veröffentlicht worden ist.

ErstunterzeichnerInnen: Silvia Bopp, Reiner Braun, Dr. Matthias Engelke, Ute Finckh-Krämer, Jürgen Grässlin, Xanthe Hall, Irmgard Hofer, Ernst-Ludwig Iskenius, Otto Jäckel, Elke Koller, Marion Küpker, Margarete Müller, Horst-Peter Rauguth, Lotte Rodi, Herbert Römpf, Barbara Rütting, Wolfgang Schlupp-Hauck, Thomas Schwörer, Martin Singe, Michael Sünnner, Hermann Theisen, Dr. Ruth Tippe



In den Sandia National Laboratories wird die neue Bombe präsentiert.
[Foto News: Jerry Redfern for Reveal]

NEUE ATOMWAFFEN – NEU ROLLE FÜR DIE BOMBEN

Die USA wollen die Atombomben des Typs B61 noch umfassender modernisieren als bisher zugegeben. Über die neuen Atombomben kommen immer mehr neue Fakten ans Licht der Öffentlichkeit. Die B61-12-Bombe soll auch bunkerbrechende Fähigkeiten bekommen (Earth Penetration Capability).

Die neuen Bomben sollen eine variabel einstellbare Sprengkraft haben, die niedriger eingestellt werden kann, als die meisten heute verwendeten, aber sie soll wesentlich treffgenauer sein. Das würde ihren militärischen Nutzen und die Einsetzbarkeit erhöhen. Mit dieser qualitativen Aufrüstung der B61 soll der Unterschied zwischen "taktischen" und "strategischen" Bomben beseitigt werden. Künftig soll ein und dasselbe Modell mit Jagdbombern und strategischen Bombern zum Einsatz kommen.

Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung haben begonnen: Büchel wird ausgebaut. Das Verteidigungsministerium plant den Tornado so modernisieren, dass er bis 2035 genutzt werden kann. Zu vermuten ist, dass die Sicherheitseinrichtungen für die Atomwaffen in Büchel in ähnlicher Weise verbessert werden, wie es derzeit an der Südflanke der NATO geschieht.

In der NATO wird diskutiert, ob das Bündnis als Reaktion auf die Krise in der Ukraine die Rolle der Nuklearwaffen in seiner Strategie ändert oder gar ausweitet. Gefordert wird ihnen wieder eine stärker militärische und nicht primär politische Rolle zuzuweisen. Jene, die eine neue Generation nuklearer Waffen in Europa stationieren wollen, sehen den Zeitpunkt als günstig an, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Sie entwickeln neue Argumentationslinien – so z.B. den Vorwurf, Russland verletze den INF-Vertrag oder plane einen früheren nuklearen Ersteinsatz – um das politische Klima für den geplanten Aufrüstungsschritt weiter zu verbessern.

[Informationen von Otfried Nassauer, BITS]

Sieben Jahre lang wurde der Fliegerhorst jährlich demonstrativ umrundet. Vor dem Haupt-
eingang wird gemeinsam gegessen, als Zeichen
des Lebens und der Gemeinschaft.



Das Verteilen von Flugblättern, welche die
Soldaten auffordern Befehlen im Zusam-
menhang mit den atomaren Massenver-
nichtungswaffen nicht zu gehorchen oder
über die Aufrüstungspläne zu informieren,
führte zu Gerichtsverhandlungen.



Am Ostermontag
findet in Büchel der
Ostermarsch statt.
Er bildet in diesem
Jahr den Auftakt
zur Aktionspräsenz.

Während Inspektoren der
Internationalen Atomenergie-
behörde im Irak vergeblich
nach Atomwaffen
suchten, machten in Büchel
Friedensaktivisten als „zi-
vile Inspektoren“ deutlich
hier in Deutschland gibt es
atomare Massenvernich-
tungswaffen.



Friedensradtouren
nach Büchel machen
auf die Atomwaffen
aufmerksam.



Büchel- Aktionskaleidoskop

EIN RÜCKBLICK MIT ANREGUNGEN
FÜR DIE AKTIONSPRÄSENZ

Das Ende der 20-wöchigen Aktionspräsenz bildet die Fasten-
kampagne zu den Gedenktagen
der Atombombenabwürfe
auf Hiroshima und Nagasaki
am 6 und 9. August. Das Fasten
beginnt in diesem Jahr am
30. August in Berlin. Vom 25.
Juli bis zum 10. August laden der
Internationale Versöhnungsbund
-Deutscher Zweig und die Friedens-
werkstatt Mutlangen e.V. junge Menschen
zwischen 18 und 26 Jahren zu einem inter-
nationalen Workcamp ein. Mit Straßentheater
und Kunstaktionen begleitet das
Workcamp eine Fastenkampagne in Berlin
und das Ende der diesjährigen Aktionspräsenz
in Büchel.



Auch Mahnwachen
von Einzelnen schaf-
fen Aufmerksamkeit.



Ziviler Ungehorsam durch gewaltfreie
Blockadeaktionen verleiht den Protesten
Nachdruck. Die Polizei und Justiz ver-
zichteten bisher auf eine regelmäßige
Strafverfolgung, eine Prozesswelle soll
dadurch vermieden werden.

Die Kampagne macht Druck

- OFFENER BRIEF
- SELBSTVERPFLICHTUNG
UND SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG
- AKTIONEN AM ATOMWAFENSTANDORT
UND ANDERSWO

Mit dem offenen Brief und der Selbstver-
pflichtung soll die öffentliche Aufmerksam-
keit auf den Atomwaffenstandort Büchel
und die dort geplante qualitative Aufrüs-
tung der Atombomben gelenkt werden. Die
Aktionspräsenz in Büchel wird den Druck
auf die politischen Entscheidungsträger
erhöhen, im Sinne der Kampagne aktiv zu
werden, d.h. die Aufrüstung zu stoppen,
die Atomwaffen abzubauen und sie welt-
weit zu verbieten.

Im Zentrum stehen die direkten Aktionen
in Büchel. Aber die Kampagne soll auch an
den Wohnorten ihrer Unterstützer und den

Orten von politischen Entscheidungen
durch Aktionen sichtbar werden. Der of-
fene Brief verbindet die direkten Aktionen
mit der politischen Überzeugungsarbeit
der Kampagne in Berlin und bei der UNO.
Die Zahl und die Namen derer, die sich
selbstverpflichten, regelmäßig Aktionen
für die nukleare Abrüstung zu machen wird
mit dem offenen Brief veröffentlicht. Wer
sich aus Alters- oder Gesundheitsgründen,
Arbeits- oder Familienpflichten nicht in
der Lage sieht, regelmäßig nach Büchel zu
kommen, hat die Möglichkeit die Kampagne
durch Unterzeichnung der Solidaritätser-
klärung zu unterstützen. Auch die Namen
dieser Erklärungen werden mit dem offenen
Brief veröffentlicht.

**DER KAMPANGENRAT RUFT AUF:
UNTERZEICHEN UND AKTIV WERDEN.
SEHEN WIR UNS IN BÜCHEL?**

WEITERE INFORMATIONEN

Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffen-
frei.jetzt“: www.atomwaffenfrei.de

Kontakt Selbstverpflichtung
und Solidaritätserklärung:
redaktion@pressehuette.de | Tel. 07171 75661

Aktionspräsenz Büchel
www.buechel-atombombenfreid.de

Fastenkampagne
www.fastenkampagne.global-zero-now.de

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
jetzt

Redaktion: Wolfgang Schlupp-Hauck
Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61
Im Blick ist eine Beilage des Magazins **FreiRaum** –
Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die fried-
liche Nutzung des Weltraums, herausgegeben von der
Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe erscheint in Koope-
ration mit der Kampagne **Büchel ist überall – atomwaffen-
frei.jetzt** und wird auch den Magazinen **Versöhnung**
und **Spinnrad** beigelegt.